



Vereinigte Industrieverbände

von Düren, Jülich, Euskirchen und Umgebung e.V.

VIV-INFO | 5/2013

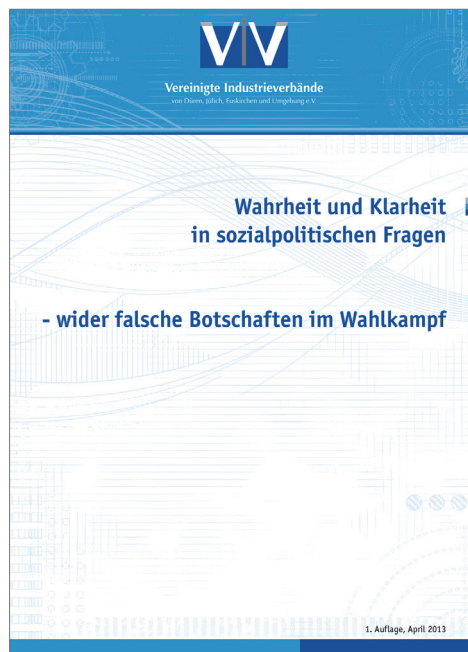
Sozialpolitik - falsche Botschaften und Bilder im Wahlkampf

Nicht zum ersten Mal wird der deutsche Arbeitsmarkt in Wahlkampfzeiten bewusst schlechtgeredet. Falsche Bilder und Wertungen verzerren die Wirklichkeit.

Wir halten dagegen – in plakativer Form. (So)



Broschüre



Schöne neue Welt – das Wahlprogramm der SPD

Die SPD spricht sich für eine starke Industrie, die Schuldenbremse und einen wettbewerbsfähigen Mittelstand aus. Ihre Kernforderungen zum Steuerrecht und zur Sozialpolitik gehen jedoch in eine völlig andere Richtung: Deutlich

mehr Mitbestimmung, Leistungsausweitungen in der Rente, massive Steuererhöhungen, Mindestlohn etc. (So)



Kurzbewertung der BDA vom 12.03.2013

Kurz notiert

Was macht eigentlich das Kreisverbindungskommando der Bundeswehr?

Das Kreisverbindungskommando ist Ansprechpartner für Amts- und Katastrophenhilfe durch die Bundeswehr. (So)



Flyer

VIV-Info Wegweiser



Weitere Informationen erhalten Mitglieder im ExtraVIV



Bitte beachten Sie weitere Anhänge

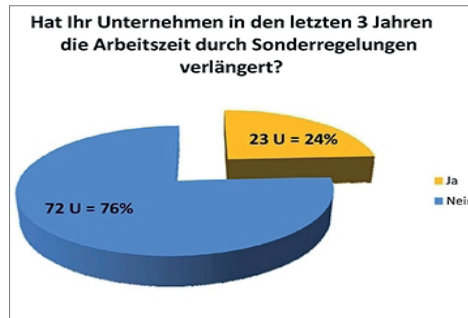


Weitere Informationen auf Anfrage bzw. im ExtraVIV

Abweichungen der VIV-Unternehmen von Flächentarifverträgen

An der Umfrage der Vereinigten Industrierverbände zu Abweichungen von den Flächentarifverträgen haben sich **96** unserer insgesamt 136 Mitgliedsunternehmen beteiligt. Hier die Ergebnisse:

1. In den letzten drei Jahren haben von den rückmeldenden Unternehmen **19** (= 20 Prozent) finanzielle Leistungen reduziert. Die Reduzierung betraf insbesondere das Weihnachtsgeld und das Urlaubsgeld.
2. In **23** Unternehmen (= 24 Prozent) wurde die Arbeitszeit verlängert, zumeist durch Nutzung einer tarifli-



chen Öffnungsklausel durch die Betriebsparteien.

3. Jenseits von Kurzarbeit haben **8** der rückmeldenden Unternehmen die Arbeitszeit verkürzt.

(So)

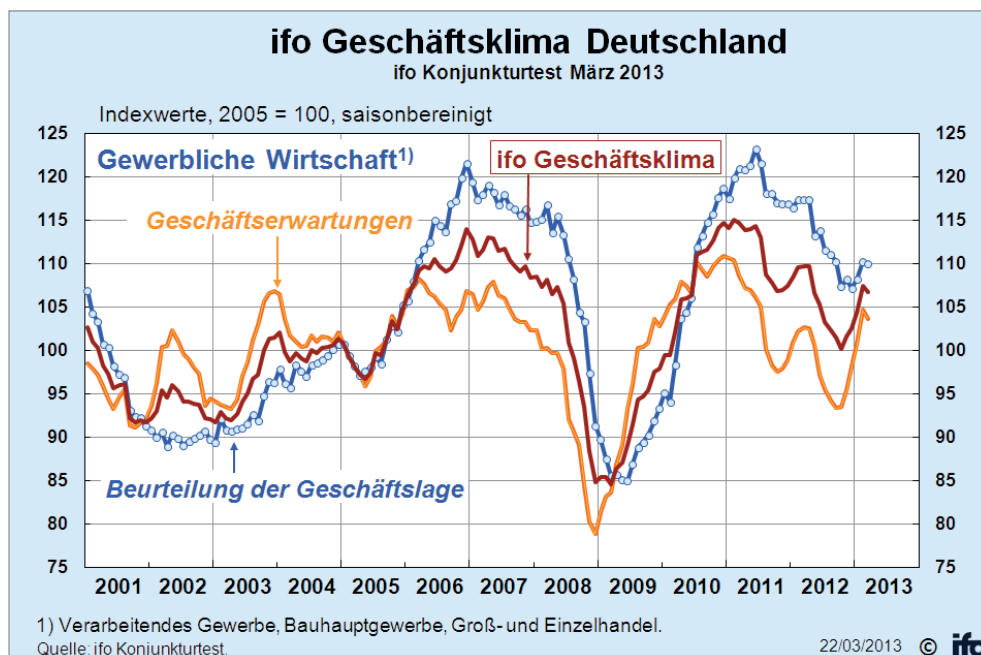
ifo Geschäftsklimaindex kaum gesunken

Der ifo Geschäftsklimaindex für die gewerbliche Wirtschaft Deutschlands ist nach dem starken Anstieg im Vormonat minimal gesunken. Die Geschäftserwartungen fielen im Vergleich zum Februar etwas weniger positiv aus. Die Unternehmen bewerteten ihre momentane

Geschäftslage jedoch fast noch genauso gut wie vorher. Die deutsche Wirtschaft behauptet sich mit einer guten Binnenkonjunktur in schwierigem Umfeld.

(Dü)

Quelle: ifo Konjunkturtest März 2013



Kurz notiert

Minijobs als Dauerthema

Die geringfügige Beschäftigung ist seit 40 Jahren ein Dauerthema für Wahlkämpfe. Lauthals wird ständig beklagt, die Minijobber würden ausgebeutet, arbeiteten zu Löhnen zwischen 5 Euro und 7 Euro. Sind wir dieses Gesabbel nicht endlich leid?

Ich hätte überhaupt nichts dagegen, wenn die große Koalition der Unvernunft die Minijobs voll sozialversicherungspflichtig machen würde. Dann sollen diese Politiker auch die volle Verantwortung für diese vermeintliche Wohltat übernehmen.

(So)

Neue Ausgabe von „positionen ...“: Schulpolitik

Schule hat die Aufgabe, junge Menschen – gemeinsam mit den Eltern – auf den weiteren Lebens-, Bildungs- und Berufsweg vorzubereiten. Trotz einzelner Verbesserungen in den letzten Jahren sind jedoch weiterhin knapp 20 Prozent der Schulabgänger trotz aller Bemühungen nicht ausbildungsreif. Ausbildungsplätze können aus Mangel an geeigneten Bewerbern daher oft nicht besetzt werden. Viele junge Menschen brechen Ausbildung oder Studium vorzeitig ab.

In der beigefügten Ausgabe von „positionen...“ nennt unternehmer nrw die wichtigsten schulpolitischen Maßnahmen, die nötig sind, um aus Sicht der nordrhein-westfälischen Wirtschaft diesen Herausforderungen zu begegnen.

(Dü)



Ausgabe „positionen ...“

VIV-Industriekonzert: Musikalische Weltreise mit Harfe, Mandolinen und Gitarre

Frankreich, Argentinien, Japan, Deutschland und Russland – dies sind die Länder, denen das nächste und letzte VIV-Industriekonzert der aktuellen Spielsaison einen musikalischen Besuch abstattet. In einer außergewöhnlichen Kammermusikbesetzung präsentieren Jasmin-Isabel Kühne (Harfe) und das Milchkafee-Trio (Mandolinen/Gitarre) eine spannende Zusam-



menstellung von Werken aus drei Jahrhunderten. Das Konzert findet am Dienstag, den 16. April 2013, 20 Uhr, im Haus der Stadt Düren statt. Es wird im Rahmen der Reihe „WDR 3 Kammerkonzert NRW – Open Audition Series“ aufgezeichnet und voraussichtlich am 27. Mai 2013, um 20.05 Uhr, auf WDR 3 gesendet.

(Dü)

IMPRESSUM & KONTAKT

Herausgeber

Vereinigte Industrieverbände von Düren, Jülich, Euskirchen und Umgebung e.V.

Verantwortlich für den Inhalt

Hans-Harald Sowka

Kontakt

Vereinigte Industrieverbände e.V.
Tivolistraße 76
52349 Düren

FON 02421/4042-0

FAX 02421/4042-25

E-MAIL info@vivdueren.de

WEB www.vivdueren.de



Vereinigte Industrieverbände

von Düren, Jülich, Euskirchen und Umgebung e.V.

Wahrheit und Klarheit in sozialpolitischen Fragen

- wider falsche Botschaften im Wahlkampf

Vorwort

Nicht zum ersten Mal wird der deutsche Arbeitsmarkt in Wahlkampfzeiten bewusst schlechtgeredet. Falsche Bilder und Wertungen ohne Rücksicht auf Daten und Fakten verzerren die Wirklichkeit.

Daten, Fakten und Argumente bleiben so auf der Strecke. Auf den folgenden Seiten wollen wir einiges klarstellen.

Für kritische Anregungen sind wir jederzeit dankbar.

Düren, im April 2013

Verantwortlich für den Inhalt: RA Hans-Harald Sowka

Deutschland wird zum Land der Geringverdiener

Das falsche Bild: Die Zunahme der Erwerbstätigen ist insbesondere auf die massive Ausweitung des Niedriglohnssektors zurückzuführen. Die Mehrzahl der neuen Jobs sind prekäre Beschäftigungsverhältnisse (geringfügige Beschäftigung, Leiharbeit, Befristung).

Die Wirklichkeit: Die Zahl der Erwerbstätigen hat 2012 in Deutschland ein Allzeithoch erreicht: 41,6 Millionen Menschen waren erwerbstätig. Dabei wuchs vor allem die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung. Und die Zahl der Arbeitslosen sank auf 2,9 Millionen und damit den niedrigsten Stand seit 1991.

Von 1999 bis 2009 ist der Anteil der Geringverdiener (unter 9 Euro Stundenlohn) an der Erwerbsbevölkerung von 10 % auf 14 % angestiegen. Die Ausdehnung des Niedriglohnssektors ging aber nicht zu Lasten der Normalverdiener. Deren Anteil an allen Beschäftigten ist im gleichen Zeitraum sogar von 46 % auf 48 % gestiegen.

Vom Wachstum des Niedriglohnssektors haben vor allem die Geringqualifizierten profitiert; viele hatten dadurch erstmals eine Chance auf dem Arbeitsmarkt bekommen. Im Übrigen: Niedriglohn ist nicht gleichbedeutend mit Armut. 16 % der Niedriglöhner sind arm; bei den Arbeitslosen sind es 61 %.

Arm trotz Arbeit

Das falsche Bild: Immer mehr Arbeitnehmer, die Vollzeit arbeiten, sind trotzdem auf ergänzendes Arbeitslosengeld II angewiesen. Bei einem Mindestlohn von 8,50 Euro könnte der Staat Milliarden Euro einsparen.

Die Wirklichkeit: Die Zahl derjenigen, die arbeiten und trotzdem Arbeitslosengeld II beziehen, ist seit 2007 nicht gestiegen, sondern gesunken. Auf ALG II sind insbesondere Teilzeitkräfte und Minijobber angewiesen. Lediglich 1,4 % der 23 Millionen Vollzeitbeschäftigten bekam im Jahr 2011 noch zusätzlich Geld vom job-center. Von 1,3 Millionen Menschen, die arbeiten und zusätzlich ALG II beziehen, sind nur 300.000 vollzeitbeschäftigt.

Bei einem Mindestlohn von 8,50 Euro je Stunde hätten 19 % der Beschäftigten mehr Geld in der Tasche. Bei den unter 25-jährigen wäre es sogar jeder Zweite. In der Industrie wirkt sich dies kaum aus. In der Gastronomie hingegen verdienen 60 % der Beschäftigten weniger als 8,50 Euro. Allerdings: In 2011 waren nur 18 % aller Beschäftigten mit einem Stundenlohn von maximal 8,50 Euro einkommensarm, verdienten also weniger als 60 % des mittleren Einkommens. Dies bedeutet, dass ein Mindestlohn von 8,50 Euro sehr häufig Personen begünstigen würde, die auf eine solche Unterstützung gar nicht angewiesen sind.

Leiharbeit

Das falsche Bild: Die Zahl der Leiharbeiter wächst rasant. Die Leiharbeiter verdienen einen Hungerlohn und werden gegenüber Stammkräften massiv benachteiligt.

Die Wirklichkeit: In 2012 gab es 800.000 Leiharbeiter in Deutschland. Ihre Zahl wird in den nächsten Jahren deutlich abnehmen.

Ihr Mindestlohn beträgt 8,19 Euro. Hinzu treten Zuschlagsregelungen für mehr als 10 Branchen, die zwischen den Arbeitgeberverbänden der Zeitarbeit und den Gewerkschaften vereinbart wurden. Die Vergütung für Zeitarbeiter in der Industrie ist inzwischen erheblich höher als Löhne für einfache Tätigkeiten für Stammkräfte im Dienstleistungsbereich.

Die Leiharbeit ist ein außerordentlich wichtiges arbeitsmarktpolitisches Instrument. Viele der Vermittlungen in Arbeit laufen nur über Zeitarbeit. Die Zeitarbeit ist ein gutes Sprungbrett für zuvor lange Zeit Arbeitslose. Und die Zeitarbeit hat maßgeblich zum Jobwunder mit beigetragen. Das darf nicht gefährdet werden.

Werkverträge

Das falsche Bild:

Der Abschluss von Werkverträgen ist zwar ein gängiges Instrument in einer arbeitsteiligen Wirtschaft. Aber jetzt werden immer mehr Werkverträge missbraucht. Unter dem Deckmantel eines Werkvertrages findet oft Leiharbeit statt. Dieser Missbrauch muss bekämpft werden, am besten durch ein umfassendes Mitbestimmungsrecht des Betriebsrates.

Die Wirklichkeit:

Es gibt keinerlei statistisches Material zum Umfang des angeblichen Missbrauchs – jenseits von Einzelfällen. Es wäre fatal, wenn durch ein umfassendes Mitbestimmungsrecht des Betriebsrates im Betrieb des Auftraggebers in die unternehmerische Freiheit eingegriffen würde.

Die Reichen und die Armen

Das falsche Bild: Die Reichen werden immer reicher, die Armen immer zahlreicher. Die Einkommensungleichheit nimmt immer mehr zu und spaltet das Land.

Die Wirklichkeit: Die Einkommensungleichheit ist zwischen 2005 und 2010 im Zuge der konjunkturellen Erholung zurückgegangen. Die Verringerung der Einkommensspreizung kommt nicht überraschend; denn gerade die Arbeitsmarktchancen der Geringqualifizierten haben sich auf dem Arbeitsmarkt deutlich verbessert. Die zahlreichen Armutsberichte haben alle einen gravierenden Mangel: Rentenansprüche werden nicht berücksichtigt. Und die haben einen erheblichen Wert.

Und außerdem: Bildung und Beschäftigung sind der beste Schutz vor Armut. Zudem gelingt in Deutschland der soziale Ausgleich: Das untere Einkommensfünftel empfängt mehr Transferleistungen als es Steuern und Abgaben zahlt. Die obersten 10 % der Einkommensteuerpflichtigen zahlen mehr als 50 % des gesamten Aufkommens an Einkommensteuer.

Armut trifft vor allem Arbeitslose, Alleinstehende und Migranten. Deshalb ist es wichtig, Arbeitslosigkeit zu verringern, Bildungschancen zu verbessern.

Befristete Beschäftigung

Das falsche Bild: Immer mehr Menschen werden nur noch befristet beschäftigt und hangeln sich von einem befristeten Job zum nächsten. Dies gilt insbesondere für junge Menschen, für die es deshalb keine sichere Lebensplanung mehr gibt.

Die Wirklichkeit: Viele Berufseinsteiger werden zunächst nur befristet beschäftigt (45 %). Später aber bekommen die meisten einen festen Vertrag. Deshalb finden sich unter Arbeitnehmern, die das 30. Lebensjahr überschritten haben, nur noch wenig befristet Beschäftigte. Und insgesamt ist der Anteil der befristet Beschäftigten in den letzten 10 Jahren nahezu konstant.



Ausbildungsbereitschaft der Unternehmen

Das falsche Bild: Die Wirtschaft bildet weniger aus. Immer mehr Unternehmen ziehen sich aus der Ausbildung zurück („Flucht aus der Ausbildung“). Nur ein Bruchteil der Unternehmen bildet überhaupt aus.

Die Wirklichkeit: Das Angebot der betrieblichen Ausbildungsplätze ist in 2011 im Vergleich zu 2010 im Gegenteil um 2,1 % gestiegen. Nur gut die Hälfte aller Betriebe ist überhaupt ausbildungsberechtigt. Einzig die Zahl der ausbildenden Kleinstbetriebe ist gesunken.

Für die Region Aachen/Düren/Euskirchen gilt: Die Zahl der abgeschlossenen Ausbildungsplätze ist seit Jahren auf einem guten Niveau. In 2012 wurden 4.789 neue Ausbildungsverträge abgeschlossen (Vorjahr: 4.700).

Die geringfügige Beschäftigung (450 Euro-Jobs)

Das falsche Bild: Acht Millionen Minijobber werden ausgebeutet. Viele Arbeitgeber enthalten ihnen Ansprüche vor, z. B. auf Urlaub oder Weihnachtsgeld, und vielen ist der Weg in eine sozialversicherungspflichtige Teilzeitbeschäftigung oder Vollzeitarbeit verbaut. Und die Zahl der Minijobber steigt weiter rasant.

Die Wirklichkeit: Mehr als zwei Drittel der Minijobber sind mit ihrer Arbeitszeit zufrieden oder wollen sogar weniger Stunden arbeiten. Nur 17 % der Minijobber streben eine Teil- oder Vollzeitbeschäftigung an. Arbeitsrechtlich gibt es keinen Unterschied zu Vollzeitkräften. Seit 2004 ist die Zahl der ausschließlich geringfügig Beschäftigten konstant.

Wer Minijobs sozialversicherungsrechtlich und steuerlich „Normalarbeitsverhältnissen“ gleichstellen will, mag dies tun. Er wird sich aber wundern über die ausbleibende Begeisterung der Minijobber. Schließlich trägt der Arbeitgeber bisher die Sozialversicherung und meist auch die pauschale Steuer alleine. Damit wäre dann Schluss.

Massive Frauendiskriminierung beim Entgelt

Das falsche Bild: Frauen verdienen durchschnittlich 22 % weniger als Männer. Dies ist eine massive Diskriminierung von Frauen.

Die Wirklichkeit: Das Statistische Bundesamt weist darauf hin, dass unter Berücksichtigung der Qualifikation und der tatsächlich ausgeübten Tätigkeit die Lücke nicht 22 % ausmacht, sondern nur 7 %.

Berücksichtigt man ferner familienbedingte Erwerbsunterbrechungen der Frauen, so schwindet die Lücke fast vollständig – nach Berechnungen des Instituts der deutschen Wirtschaft.

Bei vergleichbarem beruflichen Hintergrund ergibt sich bei Frauen, die bis zu anderthalb Jahre für die Kinderbetreuung aussetzen, lediglich eine Differenz von 1,9 %. Mit anderen Worten: Die vermeintlich gravierenden Gehaltsunterschiede hängen entscheidend von der Berufswahl der Frauen (vorwiegend im niedrig vergüteten Dienstleistungsbereich) und ihrer Qualifikation ab. Dass Frauen beim Entgelt diskriminiert werden, ist also ein Mythos.

Kinder in Hartz IV

Das falsche Bild: Immer mehr Kinder wachsen als Hartz IV-Kinder auf und sind damit von vorneherein chancenlos.

Die Wirklichkeit: Die Zahl der Kinder unter 16 Jahren, deren Eltern auf ALG II angewiesen sind, ist von 1,8 Millionen (2005) auf rund 1,6 Millionen in 2011 zurückgegangen, und zwar nicht nur deshalb, weil die Zahl der Kinder insgesamt rückläufig ist.



Kreisverbindungskommando Düren

Ihr Ansprechpartner für Amts- und Katastrophenhilfe durch die Bundeswehr stellt sich vor:

- Berater der zivilen Katastrophenschutzbehörden bezüglich der Hilfeleistungen durch die Bundeswehr aufgrund von Lagebeurteilung und Unterstützung des verantwortlichen zivilen Leiters für die Krisensituation
- Mittler zwischen den Katastrophenschutzbehörden und dem Landeskommando Nordrhein-Westfalen bei Katastrophen und besonders schweren Unglücksfällen
- Informationen über beabsichtigte Maßnahmen seitens der Bundeswehr
- Vertretung allgemeiner militärischer Belange gegenüber zivilen Behörden und der Öffentlichkeit gemäß Weisung des Landeskommandos Nordrhein-Westfalen
- Repräsentation der Bundeswehr

Ihr Ansprechpartner:

Thomas Roßbroich
Oberstleutnant d.R.

Der Beauftragte der Bundeswehr für die Zivil-Militärische Zusammenarbeit für den Kreis Düren + Leiter des Kreisverbindungskommando Düren (BeaBwZMZ)

Im Pützbroich 6c, 52355 Düren

Tel.: 02421/ 500370 (privat) -02421/275 64 20 (dienstlich)

Mobil: 0175/ 183 97 97 - Fax: 02421/ 275 64 49

Email: Thomas.Rossbroich@gmx.de



Bundeswehr

25.03.2013

Schulpolitik

Worum es geht...

Schule hat die Aufgabe, junge Menschen – gemeinsam mit den Eltern – auf den weiteren Lebens-, Bildungs- und Berufsweg vorzubereiten. Trotz einzelner Verbesserungen in den letzten Jahren zeigen Studien wie PISA, dass dies nach wie vor viel zu oft nicht gelingt: Knapp 20 Prozent der Schulabgänger sind nach wie vor nicht ausbildungsreif. Der Bildungserfolg hängt sehr stark vom sozialen Status der Eltern ab. So manches Talent erhält so keine Chance. Ausbildungsplätze können aus Mangel an geeigneten Bewerbern nicht besetzt werden. Viele junge Menschen brechen Ausbildung oder Studium vorzeitig ab. Umfassende Qualitätsverbesserungen von der Grundschule bis zur Sekundarstufe II sind erforderlich.

Was für die Wirtschaft wichtig ist...

- **Umfassende Persönlichkeitsbildung sicherstellen**

Schule muss die Potenziale aller jungen Menschen im Sinne einer umfassenden Persönlichkeitsbildung bestmöglich entfalten. Dazu gehören fachliches Wissen, soziale Kompetenzen sowie eine fundierte Berufs- und Studienorientierung.

- **Differenziertes Schulangebot erhalten**

Zu begrüßen ist der nach jahrzehntelangen ideologischen Debatten vereinbarte Schulkonsens in NRW. Er muss – bei Erhalt eines differenzierten Schulangebots – genutzt werden, sich auf die zentralen Fragen zur Verbesserung der Unterrichts- und Schulqualität zu konzentrieren.

- **Individuelle Förderung ausbauen**

Individuelle Förderung und Unterrichtsqualität müssen bei allen Reformen im Vordergrund stehen. Dazu gehören auf den jeweiligen Kompetenzen aufbauende individuelle Förderpläne – sowohl für vermeintlich leistungsschwächere wie auch leistungsstarke Schüler. Es gilt, bei jedem Schüler Schwächen ab- und Stärken auszubauen.

- **Ganztagsangebote flächendeckend einführen**

In NRW nutzen aktuell bereits rund ein Drittel der Schüler Ganztagsangebote. Neben dem wichtigen quantitativen Ausbau darf die Qualität nicht vergessen werden. Unterricht kann in Zusammenarbeit mit externen Partnern z.B. durch Förderkurse, durch fächerübergreifende Projektarbeit oder durch Angebote aus den Bereichen MINT, Musik, Sport oder Kunst ergänzt werden. Damit soll die gesamte Persönlichkeit der Schüler gezielt gefördert werden.

- **Eigenverantwortliche Schule stärken**

Schulen brauchen Spielräume in Finanz- und Personalfragen, um passgenaue Lösungen für unterschiedliche Herausforderungen entwickeln zu können. Zu begrüßen ist, dass in NRW die Eigenverantwortung von Schule im Schulgesetz verankert wurde. Wichtig ist, dass Schule in die Lage versetzt wird, die neuen Spielräume auch zu nutzen.

- **Chancen der neugestalteten Lehrerbildung nutzen**

Wesentlicher Schlüssel für die Unterrichtsqualität sind die Kompetenzen der Lehrkräfte. An diese stellen sich eine Vielzahl (neuer) Anforderungen wie z.B. Inklusion, Ganzttag, individuelle Förderung. Zu begrüßen ist daher die Neuausrichtung der Lehrerausbildung in NRW – mit Eignungspraktikum zu Beginn, mit größerem Praxisbezug und mit einem gestrafften Vorbereitungsdienst als Berufseingangsphase inkl. Coaching. Wichtig ist dabei die fundierte Vermittlung von Kompetenzen zur Diagnostik und individuellen Förderung. Diese Neuausrichtung muss flankiert werden durch eine Neugestaltung der Lebensarbeitszeit, die eine nach Fächern und Jahrgangsstufen differenzierte Erfassung des Zeitaufwands für den Unterricht, die Einbeziehung außerunterrichtlicher Aktivitäten und die Festlegung von Fortbildungsanteilen vorsieht.

- **Inklusion mit Augenmaß umsetzen**

Grundsätzlich richtig ist das Ziel, inklusives Lernen umzusetzen und so mehr Kindern mit sonderpädagogischen Förderbedarf den Besuch einer allgemeinen Schule zu ermöglichen. Allerdings muss es von der Landesregierung mit Augenmaß umgesetzt werden. Schulen müssen auf diese Aufgabe z.B. durch Fortbildungen der Lehrkräfte gut vorbereitet werden. Zudem muss ein Wahlrecht der Eltern erhalten bleiben, ob eine allgemeine oder eine Förderschule besucht werden soll.

- **MINT-Bildung stärken**

Die Ursachen des erheblichen Mangels an MINT-Fachkräften sind vielfältig, liegen aber wesentlich auch im Bildungssystem. Hier fehlt die Wertschätzung für diese Fächer – sie sind beispielsweise oft die ersten, die in der Schule abgewählt werden können. Wichtig ist, diese Fächer zu stärken durch eine feste Verankerung im Fächerkanon sowie durch einen qualitativ hochwertigen und vor allem anschaulichen Unterricht etwa durch die Zusammenarbeit von Schulen und Laboren in Unternehmen oder Forschungseinrichtungen.

- **Ökonomische Bildung fördern**

Ökonomische Bildung ist unverzichtbarer Teil einer zeitgemäßen Allgemeinbildung. Junge Menschen brauchen wirtschaftliche Grundkenntnisse und Kompetenzen, um als mündige Wirtschafts- und Staatsbürger verantwortungsvoll zu handeln und sich der Konsequenzen ihres eigenen wirtschaftlichen Verhaltens stärker bewusst werden zu können. Dringend erforderlich ist daher ein Fach Wirtschaft in NRW, die Festsetzung nationaler Standards für die ökonomische Bildung sowie eine entsprechende (Fach-)Lehrerbildung.

- **Kooperationen Schule/Wirtschaft ausbauen**

Schule muss vieles können, aber nicht alles allein. Dazu gehört insbesondere die Berufsorientierung. Die Wirtschaft steht ihr hier als Partner zur Seite, denn nur so sind Einblicke in die Berufs- und Arbeitswelt möglich. Wichtig ist, dass Berufsorientierung an allen Schulen verankert und konsequent umgesetzt wird. Hierzu sind mit dem „Neuen Übergangssystem Schule-Beruf“ im Ausbildungskonsens NRW richtige Ziele vereinbart worden.

- **Wirtschaft engagiert sich**

Für unternehmer nrw sind Qualitätsverbesserungen im Schulsystem eine zentrale Zukunftsaufgabe. Gemeinsam mit Mitgliedsverbänden und Unternehmen engagiert sich der Verband daher in vielfältigen Projekten rund um das Thema Schule. Hierzu gehören Berufsinformationen, Angebote zur Berufsorientierung sowie Planspiele für Schüler, Projekte zur Stärkung der MINT-Bildung sowie Weiterbildungen für Lehrkräfte und Schulleitungen. Viele der Aktivitäten finden im Rahmen des Netzwerks SCHULEWIRTSCHAFT statt, das sich mit rund 100 regionalen Arbeitskreisen in NRW für eine enge Zusammenarbeit von Schulen und Wirtschaft engagiert.

